

Auszug aus der Niederschrift des Kreistages vom 06.10.2000

14

67.14.1304

Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen im Landkreis Verden;
Antrag der Gruppe SPD/GRÜNE vom 09.08.2000

Die Gruppe SPD/GRÜNE weist auf die Risiken und Gefahren der „grünen“ Gentechnik (Gentechnik an Pflanzen für die landwirtschaftliche Produktion), wie z. B. die Möglichkeit von Allergien, hin. Solange nicht ausgeschlossen werden könne, daß gentechnisch veränderte Lebensmittel Nebenwirkungen verursachen, müsse der Schutz von Mensch und Natur Priorität haben. Es dürfe daher nur die Technik verwendet werden, die absolut einwandfrei sei. In den USA, die als Vorreiter der Gentechnik gelten würden, habe mittlerweile eine Trendwende stattgefunden. Diese sei auf die sinkende Nachfrage in Europa, insbesondere nach Genmais, zurückzuführen. Abgesehen davon seien die Versprechen der Gentechnik und auch der Firma Monsanto nicht eingehalten worden. Es sei versprochen worden, daß die Erträge der Landwirtschaft mit dem Einsatz von Gentechnik steigen würden, daß weniger Spritzmittel eingesetzt werden müßten und daß eine Kombination von Saatgut mit Spritzmittel für die Landwirte günstiger sei. Für die insbesondere in den USA lebenden Farmer hätten sich die Produktionskosten jedoch erhöht. Durch die vorwiegend kritische Haltung der Verbraucherinnen/Verbraucher in Europa zur Gentechnik hätten viele Lebensmittelkonzerne erklärt, daß sie zukünftig keine genmanipulierten Nahrungsmittel mehr vertreiben würden. Eine Betroffenheit des Landkreises Verden liege insoweit vor, als daß er Stellung dazu beziehen müsse, ob er auf den kreiseigenen Flächen zukünftig auch gentechnisch veränderte Pflanzen zulasse.

Um den ökologischen und konventionellen Landbau vor den Verunreinigungen durch die „grüne“ Gentechnik zu schützen und um dem Wunsch der Verbraucher/Verbraucherinnen nach der Erzeugung von unbedenklichen Lebensmitteln, die keine Nebenwirkungen hätten, nachzukommen, sollte dem Antrag der Gruppe SPD/GRÜNE zugestimmt werden. Der Kreisbevölkerung werde mit dem vorgeschlagenen Beschluß deutlich gemacht, daß der Kreistag ihre Sorgen ernst nähme und im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür Sorge, daß diese auch zum Tragen kämen.

Die Gegner des Antrages hätten im Vorfeld mehrfach geäußert, daß sie sich dem Fortschritt nicht in den Weg stellen wollten. Es sei jedoch zu berücksichtigen, daß nicht alle neuen Entwicklungen per se positiv seien. Menschliche Eingriffe in den Naturhaushalt könnten noch nicht vorhersehbare Folgen haben, wie z. B. die Unumkehrbarkeit eines unerwünschten Genmixes. Zwar seien die Möglichkeiten der Einflußnahme der Kreispolitik nicht besonders groß, die wenigen Möglichkeiten müßten jedoch im Sinne der Kreisbevölkerung genutzt werden. 80 % der Verbraucher/Verbraucherinnen seien gegen genmanipulierte Lebensmittel. Freilandversuche stellten eine Gefahr für die konventionelle und die ökologische Landwirtschaft dar. Durch Auskreuzungen könnten landwirtschaftliche Produkte gentechnisch verändert werden. Fortschritt dürfe hier nicht mit den wirtschaftlichen Interessen von Multikonzernen verwechselt werden. Die gefährlichen Grenzen der Gentechnik dürften nicht überschritten werden.

Die CDU-Kreistagsfraktion wendet ein, daß die wenigen kreiseigenen Flächen aus wirtschaftlichen Gründen nicht für Versuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen geeignet seien. Derzeit stehe die Mehrheit der Bevölkerung der Gentechnik zwar eher skeptisch gegenüber. Dieses könne sich jedoch schnell ändern, wenn sich durch weitere Forschungen ergebe, daß durch den Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen deutlich weniger Pflanzenschutzmittel benötigt würden und auch auf andere Weise Vorteile entstünden. Da die kreiseigenen Flächen für den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen nicht geeignet seien, handele es sich bei dem Antrag der Gruppe SPD/GRÜNE um einen reinen Showantrag, der lediglich zur Verunsicherung der Bevölkerung führen solle.

Auch die CDU-Kreistagsfraktion spreche sich gegen eine unkontrollierte Anwendung der Gentechnik aus. Man sei jedoch der Auffassung, daß die Gentechnik auch einen Beitrag zur Verbesserung der Ernährung der Weltbevölkerung leisten könne. Man dürfe sich daher nicht gänzlich vor Versuchen in der Gentechnik verschließen.

Es sei nicht nachzuvollziehen, daß die Gentechnik im Bereich der Medizin sehr viel höher angesehen sei als im Bereich der Lebensmittel.

Aus den genannten Gründen werde die CDU-Kreistagsfraktion dem mehrheitlichen Beschlußvorschlag des Kreisausschusses nicht zustimmen.

Die F.D.P.-Kreistagsfraktion kündigt an, daß sie den Beschlußvorschlag ebenfalls ablehnen werde. Die Gentechnik biete Chancen, die nicht ungenutzt bleiben dürften. In der Medizin würden diese bereits erfolgreich angewendet werden. Allerdings müßten die Menschen, die dieser Technik kritisch gegenüberstünden, geschützt werden, indem eine Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebensmittel bestehe und die Zulassungskriterien und die Genehmigungsverfahren für alle offen dargelegt würden. Selbst die Bundesregierung habe bundeseigene Flächen für wissenschaftliche Untersuchungen mit genveränderten Pflanzen zur Verfügung gestellt.

Der Antrag der Gruppe SPD/GRÜNE habe im Prinzip keine praktische Bedeutung. Es sollte hiermit wohl lediglich ein Signal gesetzt werden. Es dürfe aber nicht das Signal gesetzt werden, daß Gentechnik grundsätzlich etwas Negatives sei.

Die F.D.P.-Kreistagsfraktion spreche sich dafür aus, daß die Chancen, die in der Gentechnik steckten, unter strengen Auflagen genutzt würden. Dem Beschlußvorschlag werde daher nicht zugestimmt werden.

Mehrheitlicher Beschluß bei 25 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen:

1. Der Landkreis Verden wird den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auf kreiseigenen Flächen nicht zulassen.

Mehrheitlicher Beschluß bei 24 Ja-Stimmen zu 19 Gegenstimmen:

2. Bei der Neuverpachtung landwirtschaftlicher Flächen und bei Verlängerung bestehender Pachtverträge sollen Pächter/Pächterinnen vertraglich verpflichtet werden, auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu verzichten.
3. Der Landkreis Verden bittet die Gemeinden, auf gemeindeeigenen Flächen und bei Neuverpachtungen auf den Anbau genmanipulierter Pflanzen zu verzichten.
4. Der Landkreis Verden wird sich dafür einsetzen, daß keine weiteren Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen innerhalb des Kreisgebietes zugelassen werden.